

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten  
Mag<sup>a</sup> Christine Muttonen  
10/2012*



PAR  
LAM  
ENT  
SM  
AIL

Liebe FreundInnen!

Am Freitag ist das Parlament zu einer Sondersitzung zusammengekommen.

Thema der Sitzung war eine Dringliche Anfrage des BZÖ an Finanzministerin Fekter zur Einführung einer Flattax sowie die Fristsetzung für das Ende des Korruptionsuntersuchungsausschusses .

Natürlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!  
Der Infoletter ist zudem auf meiner Webseite [www.christine-muttonen.at](http://www.christine-muttonen.at) abrufbar.

Christine

## FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am Freitag, 5. Oktober, trat der Nationalrat zu einer Sondersitzung zusammen. Bei der Behandlung des Dringlichen Antrages des BZÖ wurde vor allem über das österreichische Steuersystem und die Hilfe für Banken im nationalen und internationalen Kontext diskutiert. Ebenfalls beschlossen im Rahmen der Sondersitzung wurde ein Fristsetzungsantrag, der den Korruptionsuntersuchungsausschuss mit 16. Oktober beendet.

SPÖ-Klubobmann **Josef Cap** betonte, dass das vom BZÖ vorgeschlagene „**Bierdeckel-Steuermodell**“ Superreiche begünstige. Was am Steuermodell des BZÖs besonders auffalle, sei, dass es ein „**Josef-Bucher-Steuerentlastungsmodell**“ darstelle, denn bei diesem Modell müsse Bucher im Jahr 17.000 Euro weniger Steuern zahlen. Wie auch die Finanzministerin in ihrer Rede vorrechnete, würde das BZÖ-Modell eine **Lücke im Budget von 20 Milliarden Euro** bedeuten. Auch die Wifo-Expertin Margit Schratzenstaller hatte im Vorfeld ausgeführt, dass das Modell des BZÖ obere Einkommen entlaste und untere Einkommen belaste. Weiters bringe es **keinerlei Wachstums- und Beschäftigungseffekte**.

Cap erinnerte an die Vorgänge bei der **Kärntner Landeshypo** und betonte, dass im Riesenpaket des **ESM** momentan in etwa so viel Geld drin sei wie in der Landeshypo. Beim ESM falle Bucher allerdings nicht mehr ein als Redimensionieren, Austreten aus dem Euro, usw. Während die Regierung damit beschäftigt ist, in Zeiten der Wirtschaftskrise unser **Gesundheits-, Sozial- und Wirtschaftssystem und die Pensionen abzusichern**, schlägt das **BZÖ** das genaue Gegenteil vor: ein **Zerstörungs- und Destruktionsmodell für den österreichischen Wohlfahrtsstaat**.

Nach Behandlung des Dringlichen Antrags wurde im Rahmen einer **Kurzdebatte** die **Fristsetzung** für das Ende des **Untersuchungsausschusses** mit **16. Oktober** diskutiert. SPÖ-Fraktionsführer **Otto Pendl** kritisierte dabei die **künstliche Aufregung** über das Ende des Ausschusses, war doch der 16. Oktober bereits in einem vorangegangenen 5-Parteien-Antrag, der am 19. September einstimmig beschlossen worden war, als Endpunkt vorgesehen gewesen. Darüber hinaus sprach er das **Verhalten der Opposition** im Untersuchungsausschuss an und kritisierte hier vor allem den Stil der Befragung der Auskunftspersonen.

## Pressemeldungen und Veranstaltungen:

[Krainer/ Muttonen zu ESM: Nationalrat hat ein Vetorecht \(25.09.2012\)](#)

### Bundesbildungskonferenz: Bildung braucht Gerechtigkeit



Unter dem Motto "Bildung und Gerechtigkeit" fand am 15. September in Wien die alljährliche Bundesbildungskonferenz der SPÖ statt. Ich wurde als Vertreterin Kärntens in das neue Bundesbildungspräsidium gewählt, das erneut vom Wiener Stadtrat Michael Ludwig geführt wird.

Bildung und Gerechtigkeit, das sind zwei wichtige Eckpfeiler sozialdemokratischer Politik und die unbedingte Voraussetzung für eine lebendige und funktionierende Demokratie. Nur in einer gerechten Gesellschaft erhalten alle Bürgerinnen und Bürger die Chance auf eine umfassende Allgemeinbildung. Und nur eine gute Allgemeinbildung gibt den Menschen wiederum die Möglichkeit sich frei zu entfalten und sich nach ihren Interessen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einzubringen. Kurzum: Gerechtigkeit und Bildung schaffen erst die aufgeklärten und selbstbewussten Bürgerinnen und Bürger, die eine Demokratie braucht, um bestehen zu können.

Entsprechend gab Michael Ludwig die zwei entscheidenden Herausforderungen vor, denen sich Österreich zu stellen hat: „Es geht darum, mehr Chancengerechtigkeit in und durch Bildung zu erreichen und das hartnäckige Vererben von Bildungschancen zurückzudrängen. Und gleichzeitig auch darum durch Bildung die Grundlagen für die Teilnahme an Demokratie zu schaffen, sie zu stabilisieren und stetig zu erneuern.“

## Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE): Gemeinsam für das Europa, das wir brauchen

Vom 28.-30. September fand in Brüssel der Parteitag der europäischen Sozialdemokraten statt. Auf dem Programm stand vor allem die Präsentation einer sozialdemokratischen Alternative zum unsozialen Spardiktat der liberal-konservativen Regierungen. Der Vorschlag der europäischen Sozialdemokraten sieht ein ausgewogeneres Herangehen an die Haushaltskonsolidierung in den Krisenländern vor. Neben einem nachhaltigen Sparprogramm soll es auch umfassende Investitionen in Wachstum und Beschäftigung geben. Finanziert werden sollen diese Projekte durch eine angemessenere steuerliche Beteiligung der Finanzindustrie, etwa durch die Finanztransaktionssteuer. Das gesamte Positionspapier der SPE könnt Ihr [hier](#) einsehen.



Mit Blick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament hat die SPE beschlossen, mit einem gemeinsamen Spitzenkandidaten anzutreten, der im Falle eines Wahlsieges auch als Präsident der neuen EU-Kommission vorgeschlagen werden soll. Ausichtsreichster Kandidat für diese Position ist der derzeitige Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz.

Auf dem Parteitag wurde zudem ein neuer Vorstand gewählt. Alter und neuer Vorsitzender der SPE ist Bulgariens Ex-Premier Sergei Stanishev. Bundeskanzler Werner Faymann wurde ebenfalls in seiner Funktion als SPE-Präsidiumsmitglied erneut bestätigt.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:  
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN  
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3  
1017 Wien  
[www.christine-muttonen.at](http://www.christine-muttonen.at)